

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51,
Corneliusstr. 66. Berichte, keine Beiträge u.
s. w. sind zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzuwenden.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei
12 der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3,- Ml. Expedition und Druck von
Joh. van Allen in Krefeld, Duth. Kirchstraße 66.
Bismarckstr. 1368. Fernsprech-Nr. 1368.

Nr. 30. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 25. Juli 1908. Fernsprech-Nummer 4423. 10. Jahrgang.

Weg mit dem Pessimismus!

Pessimisten nennt man jene Spezies von Menschen, die dem Leben keine sonnige Seite abgeminnen können, die diese Welt als ein ganz erbärmliches Jammerthal betrachten, stets „grau in grau“ malen, die wenig glauben und noch weniger hoffen, die bei allen Unternehmungen ahnen, daß es „schief gehen wird“ und auch stets das am ehesten herausfinden, was gegen eine Sache spricht. Sie sind auch in unserm Verbande zu finden und stellen sich besonders dann mit tölicher Sicherheit ein mit ihren „Schwanengesängen“, wenn irgend eine wichtige Aktion in der Organisation unternommen werden soll.

Kann es wohl etwas Schädlicheres für die Gewerkschaftsbewegung geben als einen Pessimismus? Hätte unsere Kollegen nicht immer ein freundiger Optimismus befeuert, dann wären wir mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung, spez. mit unserm Verbande, nicht so weit gekommen, als wir wirklich sind. Pessimismus erstarrt die Arbeitsfreude und trübt den Blick. Nur der lebendige Glaube an die Sieghaftigkeit unserer Sache und die freudige Auffassung der schwierigen Verbandarbeit sind die Quellen der Kraft und des Erfolges für die Arbeitsbezugsorganisationen. Und nur dieser freudige Optimismus wird in der Lage sein, auch über schwierige Zeiten im Verbandsleben ohne nachhaltigen Schaden hinwegzuhelfen. Wo die Kollegen von einem Pessimismus sich beherrschen lassen, da geht die Freude zur Arbeit schnell aus, da fehlt überhaupt die Fähigkeit, eine Sache richtig anzufassen und zu beurteilen. Mit unsern größeren Zielen muß unser Mut und Optimismus wachsen, wenn wir, um mit dem Dichter zu reden, „unser Jahrhundert in die Schranken fordern wollen“.

Dieser Pessimismus wirkt wie zerfetzendes Scheidewasser. Statt den Kolleginnen und Kollegen Mut zu machen in schwierigen Situationen, sie aufzurichten und aufzuklären, sie zu überzeugen von der Notwendigkeit einer geplanten Einrichtung oder einer getroffenen Maßnahme, um sie mit allen Mitteln an den Verband zu fesseln, nimmt man oft in Mitglieder-Veranstaltungen wehmütige Klagelieder an und nimmt so auch den anderen den letzten Rest von Mut und — treibt sie vielfach aus dem Verbands hinaus.

Wenn die Agitation nicht die gewünschte Mitgliederzunahme gebracht, werden die Pessimisten zum Leide, weil nach ihrer Meinung „doch alles nichts helfen“ kann. Daß es nur jahrelanger gründlicher Pionierarbeit Frucht sein kann, die Gewerkschaft aus dem Sumpfe des geistigen Indifferenzismus herausgezogen und zu regem geistigen Leben erweckt zu haben, können sie nicht begreifen. Das Sprichwort ist ihnen fremd: „Mastlos vorwärts muß du streben, nie ermüdet stille stehen, willst du die Vollendung sehen.“ Es ist ihnen noch nicht genug in Fleisch und Blut übergegangen, daß soziale Arbeit zu leisten eine sittliche Pflicht ist. Und wenn darum nicht alles mit Niefensschritten voran geht, dann lassen sie gleich alle Hoffnung fahren. Nach einer unglücklich beendeten Lohnbewegung meinen sie gleich, alle Brüden zu besseren Zeiten seien abgebrochen. Diese Kleinmütigen! Anstatt aus dem Mißerfolge die Lehre zu ziehen, daß es noch einer weiteren Kräfteansammlung bedarf, zerstreuen sie das Wort, das die soziale Ungerechtigkeit doch einmal niederringen würde. „Ich trete aus, es nützt doch nichts!“, das den Vertrauensmännern entgegenzuschleudern haben sie noch „Mut“ behalten. Und das wirkt dann wie ein ansteckendes Fieber, bis die Frucht harter Verbandarbeit vielleicht ganz zerstört ist. Der Gegner lacht und denkt: „Die Dummen!“

Die Pessimisten haben sich auch jetzt wieder eingefunden, wo die Frage der Beitrags- und Unterhaltungsreform zur Debatte steht. Das Menetekel der Mitgliederflucht wird an die Wand gemalt. Das ist gewiß gut gemeint und auch besonders erklärlich mit Rücksicht auf die schlechte Konjunktur. Aber die Wirkung. Der eine spricht dem andern vor und sucht ihm glaubhaft zu machen. Und schließlich hat sich der Pessimismus einer ganzen Ortsgruppe bemächtigt zum Schaden der Kollegen und des Verbandes. Warum sucht der gute Kollege seine Mitarbeiter im Verbandsleben nicht von dem Gegenteil zu überzeugen? Nur das kann die Mitglieder halten. Aufklärung, die Sache mehr von der guten Seite betrachten und behandeln! Dann kann keine Mitgliederflucht in größerem Umfang eintreten. Unser Kaiser hat ein solches Wort gesprochen, das wir auch im Gewerkschaftsleben immer beherzigen sollten: „Aufs Ziel das Auge, die Schwarzscheer verbannt!“

Dürfen wir uns denn im Verbandsleben von der Ansicht jener bestimmen lassen, die bei einer Beitrags-erhöhung wirklich ausrücken? Wenn wir uns in unserer bedeutenden Kulturbewegung leiten lassen von jenen Kollegen, deren Denkreicht nicht über den heutigen Tag und über die engen Grenzen ihres Heimatsbereichs hinausgeht, deren Solidaritäts- und Standesstolz nicht so weit entwickelt ist, daß sie auch Opfer für diese Tugenden bringen können, dann verdienen wir den Namen Kulturbewegung nicht. Wir sind doch eine Bewegung, die vorwärts will. Dürfen wir uns da den Zusäuerungen jener hingeben, die sie eben bleiben oder rückwärts wollen, die leider unser schönes Ziel noch nicht kennen oder den Weg zu beschwerlich finden dafür und darum den Aufstieg nicht mitmachen mögen?

Nein! Dann würden wir nicht vorwärts kommen. Dann würde unser Verband als ein erbärmliches Charakterbild in der Gewerkschaftsgeschichte schwanke, als große Warnung dafür, wie man Gewerkschaftspolitik nicht betreiben darf.

Es ist ja richtig: nach jeder Beitrags-erhöhung gehen dem Verbandsmitglieder verloren, und insolge der Krise würde der Mitgliederverlust vielleicht größer sein als in regulären Zeiten. Aber hat der Verband denn nicht jedesmal den Verlust durch Vermehrung der Einnahmen mehr als ausgleichen können? Gerade die letzten Jahre mit den höheren Beiträgen haben unserm Verbande die innere und äußere Kräftigung gebracht. Die geleistete Erziehungsarbeit und die Erziehung der Zeit sind auf die Arbeiter-schaft doch nicht ohne Wirkung geblieben. Man hat doch mehr erkannt, daß eine Gewerkschaft mit niedrigen Beiträgen unmöglich leistungsfähig sein und die Interessen ihrer Mitglieder wirksam vertreten kann. In unserer Zeit der Waffenaus-sperrungen ist eine Gewerkschaft mit niedrigen Beiträgen ein Spielzeug in der Hand des organisierten Unternehmers.

Wir werden einen Mitgliederverlust diesmal um so sicherer wieder wett machen, weil bei Einsetzen eines besseren Geschäftsganges die Arbeiter-schaft die Schädigungen an Lohnreduzierungen usw. durch For-dierungen wieder ausgleichen will. Dann muß für die Organisation die Zeit der Ernte gekommen sein.

Darum keinen Pessimismus! Mögen sich besonders die Vorstände, Vertrauensmänner und die Delegierten für die Generalversammlung davor in acht nehmen, sich von dem durch den schlech-ten Geschäftsgang aufgetauchten Pessi-mismus anstecken zu lassen. Wenn die Be-ratungen in Augsburg unter dem Eindruck der Krise gepflogen würden, dann würde diese Generalversammlung ein unglück-licher Verbandstag sein. Und das kann kein Mitglied wünschen.

Dr. Alexander Tille.

Der in jüngster Zeit in Unternehmungskreisen lebhaft diskutierte Plan über Gründung einer deutschen Arbeiterpartei hat auch den bei den Arbeitern „best“ bekannten Herrn Dr. Alexander Tille, Syndikus der Saarbrücker Handelskammer, in die Arena gerufen. In einer Versammlung der Sächsisch-deutschen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-industrieller, des Vereins zur Wahrung der wirt-schaftlichen Interessen der Saarindustrie und des Arbeitgeberverbandes des Saarreviers hat er seine Ansicht über die geplante Gründung kundgetan und zugleich die Richtlinien angegeben, nach denen die Partei gebildet und tätig werden müsse.

Tille hat von seinen scharfmacherischen Ideen nichts verloren. Im Gegenteil, er hat seine bekannte Herrenmoral, die das Geschwäh von den Menschenrechten in die Kumpelkammer geworfen wissen will, noch weiter ausgebaut und, wie wir aus einem Artikel des „Reich“ ersehen, sie in einer „verbesserten“ Auflage in der genannten Versamm-lung verzapft. Tille kennt nur einen Rechtsgrund-satz, das ist die Macht, die der wirtschaftlich Starke im gewerblichen und gesellschaftlichen Leben rück-sichtslos auszunutzen darf. Und ihre Macht sollen die deutschen Arbeitgeber nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiete anwenden. Denn so wie bisher könne es nicht weiter gehen, meint Tille. Die gewerbliche Produktion sei der Mittel-punkt unseres Staats- und Gesellschaftslebens, und die Träger dieser Produktion würden vom Staate in der schlimmsten Weise benachteiligt, unterdrückt und um ihre lohnverdienenden, kärglichen Profite ge-bracht:

„Durch eine unausführliche Preßhege und behör-dlichen Druck verschiedener Art ist das Unternehmertum veranlaßt worden, den Mehrertrag aus billigeren Er-zeugungswegen in Gestalt von erhöhten Löhnen an die Handarbeiter abzugeben. Dem Namen nach ein Drittel der Kräftebeiträge, in Wirklichkeit durch Übertragung auf den Lohn alle drei Drittel, dem Namen nach die Hälfte der Alters- und Invalidenbeiträge, in Wirklichkeit aber durch Übertragung auf den Lohn alle beiden Hälften, und die ganze Last der Unfallversicherung belastet die Jahresausgabe jedes industriellen Unter-nehmens und verteuert die Herstellungskosten für jedes Erzeugnis.“

Sogar die Krise hat der heute herrschende „Sozialmoralismus“ verschuldet:

„Die Vorbeugung des Handarbeiter-Handes, die einseitige Besteuerung der größeren Einkommen und die Sonderbesteuerung des Vermögens in allen nur irgend fassbaren Formen hat die Tatsache geschaffen, daß die deutsche Kapitalvermehrung weit hinter der Einkommensvermehrung zurückgeblieben ist, und da-durch ist der finanzielle Notstand entstanden, welcher heute unsere Industrie lahmlegt. Auch das Schwächen der Kapitalbildenden Kräfte im Volk durch die Steuer-schranke hat seine Grenze. Es kann nicht ins Ungemessene fort-gehen. Es ist Sache der Besitzenden und der Sparenden, sich dagegen zu wehren, und es ist vor allem das drin-gende Interesse aller Arbeitgeber. Denn die heutigen Verhältnisse müssen notwendig auf die Dauer durch eine starke Verkürzung der Arbeitszeit und auf den häng-nisvollsten auch auf das Einkommen der Handarbeitenden Klassen einwirken, aber diese sind viel zu beschränkt, um zu sehen, dass sie durch Verkürzung der Kapital-bildung des Volkes der Entstehung neuer Arbeitslegen-

heit allen Boden abgraben. Sie tragen ja den Hass gegen den „Kapitalismus“ in der Brust. Es ist Sache der sparenden Kräfte, der selbständig wirtschaftenden Kräfte im Volke, das Interesse der deutschen Gesamt-wirtschaft wahrzunehmen. Die Proletarier werden das niemals tun, denn allein ihre Unwirtschaftlichkeit, ihre Unfähigkeit zu sparen, erhält sie ja vermögenslos und gibt ihnen die Wahnvorstellung ein, als hätten sie ein den Interessen des „Kapitals“ entgegengesetztes Interesse.“

Schuld an diesen für die Industriellen geradezu jämmerlichen Zuständen sei die politische Einflus-slosigkeit der Arbeitgeber und die weit um sich ge-griffene „Reizkrankheit“. Man bilde sich ein, alle Menschen ihrer physischen, geistigen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unterschiede entkleiden zu müssen, um sie lediglich als politische Wesen betrachten zu können. Es mache sich eine Idee der Gleich-macherei breit, ein „Sozialmoralismus“, der in einer Zeit, in der die unteren Klassen ihre Treue und Anhänglichkeit an die oberen Klassen längst ver-loren, von diesen alle erdenklichen Edelmutstleistungen für jene fordere. Das Uebel der Zeit sei das Un-schmeicheln der Masse, das Wuhlen mit allerlei Ver-sprechungen der Reichstagskandidaten um die Stim-men der Wähler.

Dann aber auch die Gleichgültigkeit der Industriellen in politischen Dingen. Die bestehenden Parteien hätten auf die Industrie gar keine Rücksicht genommen und seien nicht im Stande, die Interessen der Unternehmer so zu vertreten, wie es notwendig sei:

„Daß den freisinnigen Parteien und ihren Neben-gruppen jedes Verständnis für die wirtschaftliche Macht-stellung des Reiches und für die Mittel zu deren Erhaltung und Stärkung fehlt, das haben sie in ihrer langjährigen über Freihändler, in ihren langjährigen Kämpfen gegen die deutschen Kolonien und in ihrem unablässigen Eintreten für die Erhebung des natürlichen wirtschaftlichen Kraft-verhältnisses durch sozialistische Schemata zu sehr zur Genüge bewiesen, als daß man bei ihnen Verständnis für die Dinge voraussetzen dürfte, welche zur Stärkung der nationalen Produktion beitragen. Allenfalls haben sie für die Bedürfnisse von Handel und Verkehr noch ein offenes Ohr, gegen die Grundforderungen der nationalen Waren-erzeugung sind sie blind und taub.“

Der Nationalliberalismus sei „sozialistisch verlehrt“ und habe, seine alten Prinzipien verstoßend, die Industrie verraten. Aus dem National-liberalismus sei ein Nationalsozialismus geworden und würde eines Tages noch wohl zu einem Nationalkommunismus werden.

„Einig am Zentrum ist bisher jeder Versuch ge-scheitert, dem Reiche eine selbständige Finanzwirtschaft zu geben. Sobald eine neue Einnahmequelle, wie der Post-tarif von 1901 kommt, sobald hängt ihr das Zentrum auch in Gestalt einer Maßregel, in diesem Falle in Gestalt der Witwen- und Waisenversicherung, die mit dem Post-tarif nicht das mindeste zu tun hat, ein Aufsetzbrod an, das ihren Ertrag in andere Kanäle als den Reichskanal leitet. Seit des Reiches wirtschaftliche Kraft in seiner Industrie ruht, seitdem ist das Zentrum dieser Industrie feind und hindert ihr jeden Knäuel ans Bein, den es auf den trümmrigen Wegen aufzutreiben vermag.“

Nachdem so ziemlich alle Parteien die Sünden vorgeladen bekommen haben, wird die Notwendig-keit einer eigenen Partei der Arbeitgeber begründet, die die wirtschaftlichen Interessen der Industrie „entschieden“ vertreten soll. Hat dann die große Arbeitgeberpartei erst einmal das Heft in der Hand, dann wird mit dem „Sozialmoralismus“ Tabularaja gemacht. Sofort werden die „Aus-nahmegehalte“ gegen die Arbeitgeber, d. h. nach Tille Gewerbesteuern, Kaufmannsgerichts-, ein etwa be-schlossenes Arbeitsstammengesetz usw. aufgehoben — die Faulheit des Arbeiters wird nicht mehr staatlich durch Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung gestützt, sondern der Arbeiter soll fortan selber sparen für krante und alte Tage. Vor lauter Pflichten gegen die Arbeiter habe der deutsche Arbeitgeber die Pflicht gegen sich selbst vergessen. Der deutsche Arbeitgeber-stand, die deutsche Industrie, das deutsche Vaterland, alles muß schleunigst vor dem Untergange gerettet werden — durch Tille. Die verlobbete bürgerliche Gesellschaft — Barbon, das Zeitalter des Sozial-moralismus muß beseitigt werden und die „wirklich liberale Gesellschaftsordnung“ wird zur herrschenden gemacht — durch die neue Arbeitgeberpartei.

Und wie soll die neue Partei gebildet werden? Welche Interessengruppen sollen darin vertreten sein? Der gewaltige Industrielle und der simple Schuster, der kleine Fuhrmann und die Firma Krupp, der geringste Bauer und der größte Junker. Tille kennt nur Herrscher und Beherrschte, nur Herren und Knechte. Und alles, was nicht zur Lohnarbeiterklasse — im landläufigen Sinne genom-men — zu den unselbständigen Handarbeitern gehört, soll zusammengeschlossen und gegen die „faule und lieberliche Gesellschaft Arbeiter“ in die Front gerufen werden. Tille hat sich in seine Scharfmacher-moral veranlagt, daß er alle historischen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Rücksichten über den Haupten wirft. Nach seiner Meinung müssen alle Nichtarbeiter Herrenmenschen sein nach seinem Herzen und die Klade gegen die Sozialpolitik und die Arbeiter mitmachen:

„Der Industrielle und der Kaufmann, der Expeditur, der Hotelbesitzer und der Bauunternehmer sind nicht die einzigen gewerblichen Arbeitgeber, die es gibt, sondern der Handwerksmeister, der Schlosser, der Schneider und der Schuhmacher, der kleine Ladeninhaber, der Fuhrwerks-besitzer, der Hausbesitzer und der kleine Wirt, sie alle haben schließlich dasselbe Interesse daran, daß die politische Macht nicht ausschließlich in die Hände der Handarbeiter-schaft hinübergeleite, welche keine Freude am Boden und am Besitz hat, sondern verbraucht, was sie einnimmt und deshalb außer untersten Stufe der Gesellschaft stehen bleibt.“

Im weiteren Sinne ist jeder selbständige Land-wirt, der einen Knecht oder eine Magd beschäftigt, Arbeit-geber.“

Tille ist sogar so „höflich“, die Privatbeamten, deren freies Koalitionsrecht die Tilmänner vor kurzem noch zu erdroffeln beabsichtigten, für seine scharf-macherischen Pläne einzuladen. Eine derartige Un-verschämtheit wird den Privatbeamten doch wohl über die „Hutkamm“ gehen. Aber das ist die Quint-essenz des „verbesserten“ Tilmismus, alles, was nicht unselbständiger Handarbeiter ist, gegen das „Proletariat und den Sozialsozialismus“ mobil zu machen. Das ist Scharfmachertum in höchster Potenz. Keine sittlichen und allgemeinen kulturellen Rücksichten, nur die wirtschaftliche Macht soll gelten, und die soll alles, was anders als Tille denkt, niederringen. Jehova, die sind ich auf ewig Hohn, ich bin der König von Babylon! Drohend ruft Alexander aus:

„Das deutsche Unternehmertum ist zu einem recht erheblichen Teile fest entschlossen, die Dinge nicht so weiter-lausen zu lassen, sondern mit allem Nachdruck ein-zuschreiten. Insbesondere ist es nicht genügt, sich durch die sozialdemokratischen Ergüsse der deutschen politischen Presse und der hinter ihr stehenden politischen Parteien ein Selbstbestimmungsrecht in eigenen Betrieben vornehmen zu lassen. Er ist entschlossen, trotz aller Gewerbesteuern und Einigungsämter, trotz aller Vermittlungsangebote politischer Abgeordneter bei Ausständen und trotz aller Druckes durch Regierungsorgane selbst die Entschloßung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern in der Hand zu behalten, und wird sich dieses heilige Recht (!) der wirtschaftlichen Vertragsarbeit nicht nehmen lassen.“

Sollte durch ein Arbeitstarifgesetz oder ähn-lichen sozialistischen Unfug ein Angriff auf diese Freiheit erfolgen, dann dürfte das deutsche Unternehmertum wohl mit einem Generalausperrung darauf antworten. Die Wesentlichkeit verdient vollständig die Vertretung, welche in den letzten Jahren durch die unerhörten Ausschreitungen der Gewerkschaften und die Laubheit des Gesetzes und der Gerichte diesen gegenüber in Arbeitgeberkreisen hervor-gerufen worden ist. Diefelbe drängt dazu, sich Luft zu machen, und wenn das zunächst in der Schaffung einer politischen Organisation der Arbeitgeber geschieht, so kann das niemand wundernehmen.“

„Dieses unpopuläre (perem paroch) bis zum Wahnsinn ausgeartete sei, sonst könnte er nicht von einem Generalstreik des deutschen Unter-nehmertums reden.“

Mag Tille loben, sein Plan ist eine Utopie und wird Utopie bleiben. Mit lediglich wirtschaftlichen Grundfragen kann man eine politische Partei nicht zusammenhalten, gleichweil denn, dieselbe im öffent-lichen politischen Leben durchschlagend zur Geltung zu bringen. Soweit sind wir in dem Lande der Denker und Dichter auf politischem Gebiete nun doch noch nicht, daß lediglich wirtschaftliche Interessen den Ton in der politischen Klänge machen. Geistige Strömungen, Kulturfragen der verschiedensten Art beherrschen heute noch das politische Leben, wenn auch nicht gelegentlich werden kann, daß wirtschaftliche Fragen einen hervorragenden Platz in der Reichs- und Staatspolitik einnehmen und auch mit vollem Recht einnehmen müssen.

Die Menschen sind doch nicht nur, wie Tille glaubt, verlängerte Speiseröhren, sondern Individuen, die in ihrer Mehrzahl noch ihre Handlungen auf politischem Gebiete nach bestimmten Ideen und mehr oder weniger hohen sittlichen Gesichtspunkten ein-richten. Das wirtschaftliche Moment und das Arbeit-geberbewußtsein sind nicht stark genug, um streng katholische Bauern, protestantische Großgrundbesitzer, heftige antimilitärische Landwirte, Frankfurter jüdische Engroßviehhändler, christlich-soziale Handwerksmeister und nationalliberale Großindustrielle in einer poli-tischen Gruppe unter einen Hut zu bringen.

Und ein großer Teil unserer deutschen Arbeit-geber hat denn doch noch eine ganz andere Ansicht über Moral und Arbeiterrecht, als sie der „Herren-mensch“ Tille sein eigen nennt. Seine Ideen konnten nur in einem kleinen Kreis von jenen Industriellen Eingang finden, die die Wahrung ihrer Geldsacks-interessen als oberstes „sittliches“ Gebot betrachten. Daß alle Stände miteinander gleichberechtigt Angehörige eines Vaterlandes und der Gesellschaft sind, wird immer mehr erkannt. Mit christliche Arbeiter sind um die Zukunft trotz Tille gar nicht bange. Mag dieser öfter seine Pläne in solcher Offenheit enthüllen, und man wird auch in Arbeit-geberkreisen um so eher und weiter von ihm ab-rücken. Es ist eine Politik der ausgleichenden Ge-rechtigkeit auch in wirtschaftlichen Fragen möglich. Grundfrage, wie sie Tille und seine Freunde fortan im politischen Leben vertreten wollen, müssen zu Umständen führen, die noch schlimmer sind wie die im alten Rom und Griechenland, wo eine hohe Kultur schließlich zusammenbrechen mußte, weil es nur Herrenmenschen und Sklaven gab und aus dem öffentlichen Leben jeder sittliche Maßstab verschwunden war. In Deutschland wurde die hochentwickelte Kultur geschaffen unter dem Einfluß christlicher Welt- und Lebensanschauung bei allen Gliedern des Volkes, die auch nun in ihrer Gesamtheit einen berechtigten Anspruch auf den Genuß der kulturellen Errungen-schaften auf wirtschaftlichem, geistigem und politischem Gebiete haben. Werden die unteren Volksschichten planmäßig wirtschaftlich, geistig und politisch verarmt und verflaut, dann ist das Ende der deutschen In-dustrie und auch der deutschen Weltmachtstellung gekommen. Mit einem verlumpten Proletariat läßt sich die nationale Warenherzeugung nicht auf der Höhe der Zeit halten. Noch viel weniger kann mit einem Lumpenproletariat Deutschlands Machtstellung

Witwe Hamens nach jeder hl. Messe bis 12 Uhr, in Winkeln am 26. Juli beim Kollegen Gustav Hofels nach jeder hl. Messe gewählt. Dann wurden noch zwei neue Vorstandsmitglieder gewählt. Aus der Wahl gingen hervor die Kollegen Heinrich Küfers und Johann Finners.

Neuwahl. Am 14. Juli hielt unsere Ortsgruppe eine Generalversammlung ab, die leider schwach besucht war. Nach Erstattung des Kassensberichtes wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Darauf wurde beschlossen, gemeinsam mit den Ortsgruppen unseres Wahlbezirks einen Antrag zur Verbandsgeneralversammlung einzureichen. Der Vorsitzende machte auf die Wahl des Delegierten aufmerksam. Als Kandidat für unsern Wahlbezirk ist unser zweiter Vorsitzender, Kollege St. Kaminski, aufgestellt. Es wurde auch die letzte Bewegung in unserem Bezirk (Warendorf) besprochen und besonders die Disziplin unserer Kollegen im Münsterlande anerkannt. Nachdem noch einige innere Angelegenheiten besprochen waren, folgte der Beschluss der Versammlung.

Die Wahl des Delegierten findet in unserer Ortsgruppe am 28. Juli in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags statt. Das Bahnhofsamt ist das katholische Gesellenvereinslokal (Bahnhofsstraße).

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Wofür sind im vergangenen Jahre die Beiträge der Mitglieder vermindert? Die der Jahresbericht unseres Verbandes pro 1907 ergibt, sind wir wieder ein Gut vorwärts gekommen. Die Mitgliederzahl stieg von 34 581 auf 40 764. Der Zuwachs besteht aus 4951 männlichen und 1232 weiblichen Mitgliedern. Am 31. Dez. 1907 betrug die Mitgliederzahl 41 916. Die wirtschaftliche Krise, die schon im ersten Halbjahr 1907 sich bemerkbar machte, hat zur Zeit eine derartige Schärfe angenommen, daß es erklärlich ist, wenn jetzt ein gewisser Stillstand eingetreten ist.

Die Kassenverhältnisse sprechen ebenfalls dafür, daß unser Verband, trotzdem seine Unterstützungsätze im allgemeinen bedeutend höher sind, wie die unserer Konkurrenzorganisation, sich verhältnismäßig gut entwickelt hat. Die Leistungen den Mitgliedern gegenüber erhöhen sich von Jahr zu Jahr. Wer in dieser Hinsicht kritisiert, tut dem Verbande unrecht! Folgende Zahlen mögen die bezeugen, die in dem Wahn leben, Verwaltungskosten, Agitation und Arbeitslohn für Beamte erforderlich den größten Teil der Einnahmen. Die Gesamteinnahme unseres Verbandes im 1907 betrug 633 645 Mk. Hier von wurden verausgabt:

a) Verbandsvorstand	42 560 Mk.
b) Streit- und Abfertigungsunterstützung	77 639 "
c) Krank- und Arbeitslohnunterstützung	374 "
d) Krankunterstützung	67 455 "
e) Eterbenunterstützung	7 890 "
f) Rechtschutz	1 839 "
g) Sonstige Unterstützungen	2 819 "
h) Kassenhof und Büchergewende	2 848 "
i) Beitrag für Gesamtverb. d. christl. Gewerkl.	6 638 "
k) Anteil der Sozialkassen	31 764 "
Summa	301 886

Diese Summe, gleich 51,81% der Gesamteinnahme, ist also zum überwiegenden Teil direkt und zu einem kleineren Bruchteil indirekt den Mitgliedern wieder zugute gekommen, ganz abgesehen von dem Nutzen, der durch Lohnerhöhungen den Mitgliedern zugeflossen ist. (Siehe Nr. 28 unseres Organs „Streits“ und Lohnbewegungen unseres Verbandes im Jahre 1907.) Als weitere Angabe kommt nur noch in Betracht:

1) Gehälter (Beamte an der Zentrale)	7 197 Mk. od. 1,23%
2) Verwaltungskosten (einchl. Bezirke)	16 086 " 2,75%
3) Agitation	55 155 " 9,46%
Summa	78 438 " 13,44%

Es würde also ein Mitglied, das 50 Fg. wöchentlich Beitrag bezahlt, beinahe ganze 7 Fg. für diese zwei letzten Posten zu zahlen haben. Sehen wir der Sache etwas näher auf den Grund und berechnen pro 1907 durchschnittlich 34 Beamte mit einem durchschnittlichen Arbeitslohn auf jeden Beamten 1900 Mk., ergibt insgesamt 61 200 Mk. Demnach entfällt auf einen Wochenbeitrag von 50 Fg. 5 1/4 Fg. für Arbeitslohn für die Beamten. Rechnet man noch Wochenbeiträge und legt 40 000 Mitglieder zugrunde, so entfällt auf jeden Wochenbeitrag 2,94 Fg. oder 1,53 Mk. pro Jahr. Angezählt dieser Zahlchen wird wohl keiner im Ernst behaupten wollen, der größte Teil der Einnahmen im Verbande entfällt auf den Arbeitslohn der Beamten. Es gibt ja leider Kollegen, welche, ohne mal gründlich nachgerechnet zu haben, gegen die Beamten weitere Klagen obige Zeilen dazu beitragen, dieser, für unsere Mitglieder schädlichen Propaganda die Spitze abzubrechen.

Arbeiterabgeordnete im Reichs- und Landtage. Weil die christlichen Gewerkschaften in ihren Reihen Anhänger sämtlicher Parteienrichtungen vereinigen, ist es nicht möglich, daß sie als Abgeordnete des Reichs- oder Landtages gemächlichen Führer unserer Bewegung in ihrer Stellung zu politischen und auch wohl sozialpolitischen Fragen einzeln sind. Das verhindert die verschiedene politische Anschauung der Kollegen. Anders aber die Sache, wenn in den Parlamenten Fragen zur Beratung stehen, die die Grundrechte der Arbeiterbewegung betreffen. Daß sich in diesen Fragen unsere Kollegen im Reichs- oder Landtage von der Stellung ihrer Fraktion bestimmen lassen, geht nicht an.

Von den aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgehenden Abgeordneten muß in Fragen der Arbeiterpolitik mehr verlangt werden, als von der Partei, der er angehört, insgesamt gefordert werden kann, heißt es im letzten Geschäftsbericht des Gesamtverbandes. Andererseits kommt deren parlamentarische Tätigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung geradezu zum Verhängnis werden. Die mühsame Arbeit der Parteimitglieder, worauf in der Hauptsache der Erfolg einer Bewegung beruht, würde auf die Dauer von den unparteilichen Arbeitern verweigert werden, wenn diese beobachteten, daß ihre in den Parlamenten tätigen Führer, die durch die Arbeiterbewegung das geworden, was sie sind, in den wichtigsten Fragen der Arbeiterpolitik ihr Mandat gegen den Geist und den Sinn unserer Bewegung ausüben würden. Die Parteien, die es mit den Gewerkschaftsbestrebungen des Lohnarbeiters nicht mit der gleichberechtigten Eingliederung beabsichtigen in die bestehende Gesellschaft christlich meinen und beständigen Arbeiterführern auch Mandate zu dem gesagten Abgeordneten einzusetzen gedenken

sind, müssen diesen Arbeitervertretern gestatten, in für die Arbeiterbewegung grundlegenden Fragen wie Wahlrecht, Vereinsrecht etc. evtl. auch von der Fraktionsmeinung abweichend stimmen zu dürfen. Eine Partei kann selbst wider ihren Willen bestimmten politischen Konstellationen Konzeptionen machen müssen; wenn schließlich jede Fraktion und auch die Regierung gegen auf ihren jeweiligen Entscheidungen bestehen wollten, wäre häufig die Schaffung von Gesetzen eine bare Unmöglichkeit. Mit solchen Schwierigkeiten hat sich jeder Realpolitiker abzufinden. Entziehen aber aus grundlegenden Fragen der Arbeiterpolitik ähnliche Situationen, dann haben die aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgehenden Abgeordneten sich auszubedingen, daß sie schließlich ihre Abstimmung abweichend von der Fraktion tätigen können. Solche Fragen beschäftigen nicht jeden Tag, auch nicht jede Session die gesetzgebenden Körperschaften. Und wie in manch anderen Fragen eine Fraktion, unbeschadet ihres Ansehens, ihr Votum nicht einstimmig abgibt, muß es den christlichen Arbeitervertretern unbenommen bleiben, in bestimmten Fällen eine größere Rücksicht auf die von ihnen mitgeschaffene christliche Gewerkschaftsbewegung zu nehmen, als die Partei, denen sie angehören, nehmen zu können glaubt. Auf dieser Auffassung müssen wir bestehen bleiben, selbst auf die Gefahr hin, daß dann einzelne Parteien glauben sollten, sich nicht entschließen zu können, christliche Arbeitervertreter in ihre Fraktionen aufzunehmen. Wenn in manchen Parteien der Zeitpunkt zur Realisierung dieser Auffassung noch verfrüht erscheint, dann lieber keine christlichen Arbeiterabgeordneten als solche, die von Fraktionswegen zu Handlungen gedrängt werden, die der christlichen Gewerkschaftsbewegung im Lande die Position anstatt erleichtert, weiter erschwert. Die Schwierigkeiten, die die christliche Gewerkschaftsbewegung durchzukämpfen hat, sind gerade groß genug, als daß diese sich den Luxus gestatten könnten, durch ihre führenden Kräfte in den parlamentarischen Körperschaften sich neue Hindernisse bereiten zu lassen. Das ist nun notwendig zu sagen mit Rücksicht auf die Presseberichterungen, die kürzlich an einen bestimmten Einzelfall anknüpfen.

Der christliche Hilfs- und Transportarbeiterverband hielt in den Tagen vom 4. bis 8. Juli in Wuppertal seinen 4. Verbandstag ab. Der Verband zählte am Schluß des ersten Quartals 1908 15 505 Mitglieder und hatte am gleichen Termin ein Gesamt-Verbandsvermögen von ca. 79 318,51 Mk. aufzuweisen. Die Generalversammlung beschloß, den Sitz des Verbandes von München in eine mehr zentralere Lage, in das mittlere Deutschland, und zwar nach Wuppertal, zu verlegen. Der Titel des Verbandes wird in Zukunft lauten: Zentralverband der Staats-, Gemeinde-, Betriebs-, Hilfs- und vertriebenen Industriearbeiter. Der bisherige Zentralvorsitzende des Verbandes, Abg. Oswald, wurde mit großer Mehrheit wiedergewählt. Als zweiter Verbandsvorsitzender wurde Bezirksleiter Tremmel-Mannheim gewählt, als Zentralkassierer der bisherige Jahaber des Postens, Harter-München. Die Generalversammlung nahm eine Revision des Verbandsstatutes vor, wobei eine namhafte Verbesserung des Unterstützungswezens durchgeführt wurde. Abg. Oswald erläuterte auf der Generalversammlung die Grundzüge der kommunalen Arbeiterpolitik. Da der Verband schon jetzt eine namhafte Zahl von Gemeindefunktionären in sich vereinigt und in Zukunft den Verhältnissen der Gemeindefunktionäre ein noch größeres Interesse zuwenden wird, einigte man sich in einer längeren regen Diskussion auf eine Reihe von Grundfragen, nach denen künftig gearbeitet werden soll. Verbandsleiter Reichler referierte über die Agitation und die Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks sowie über das Verhalten gegenüber dem Gegner. Seine diesbezüglichen Anregungen fanden die einhellige Zustimmung der Generalversammlung, ebenso das diesbezügliche Korreferat des Generalsekretärs Stegerwald, der dem Verbandstage vom Anfang bis zum Schluß als Vertreter des Gesamtverbandes beilohnte. Von Interesse dürfte sein, daß auf dem Begegnungssaband am Sonntag der Bürgermeister der Stadt Wuppertal Herr Dr. Rait in rückhaltlosen Worten sich namens der Bürgererschaft für die Grundzüge der christlichen Gewerkschaftsbewegung ausgesprochen hat. Dieses Beispiel dürfte Nachahmung finden. Möge der Verband nach seiner neuen Verfassung und am neuen neuen Zentralort auch fernerhin die gleich günstige Entwicklung nehmen, wie das in München geschehen ist, wo er von dem leider zu früh verstorbenen früheren Zentralvorsitzenden Braun vor nunmehr acht Jahren gegründet wurde.

Freie Vertretung vor dem Reichsverwaltungsrat vermittelt die Soziale Geschichtsstelle für das Evangelische Deutschland, Berlin N 31, Verohnungstraße 1 allen Mitgliedern der angeschlossenen Vereine, insbesondere allen Mitgliedern Evangelischer Arbeitervereine. Es hat sich jedoch hierbei der Widerspruch herausgestellt, daß nicht selten erst im letzten Augenblick solche Vertretungen angemeldet werden. Das liegt nicht im Interesse des klagenden Arbeiters. Es wird darum dringend ersucht, daß Vertretungen stets so früh als möglich angemeldet werden und dabei alles Aktenmaterial in eingeschriebenem Brief eingeleistet wird.

Aus gegnerischen Organisationen. Gewerkschaften und Partei. Immer häufiger wird die Verdrängung zwischen den „freien“ Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei. Das sozialdemokratische Organ vom Straßburg, die „Freie Presse“ bringt in Nr. 159 vom 10. Juli einen Bericht über eine Sitzung des dortigen „freien“ Gewerkschaftsrates. Bezeichnend wird u. a.: „Das Resultat der Gemeindefunktionäre und die sich hieraus für die Straßburger Gewerkschaften ergebenden Konsequenzen.“ Ein Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsrates, Genosse Seiler, cuppsah hierbei folgendes:

„Vor allem sollen die Vorstände der einzelnen Gewerkschaften mehr wie bisher sich damit beschäftigen, in den nächsten Mitgliederkongressen die Frage des Anschlusses der Gewerkschaften zu besprechen, die Unabhängigkeit des Organes und die Unabhängigkeit der Parteipresse, sowie des Ansehens an die Konjunktur und die politische Organisation in die Debatte zu ziehen. Es sollen Versuche in den einzelnen Gewerkschaften gemacht werden, um so für unsere Sache, besonders für die Parteipresse zu gewinnen. Ferner ist beachtenswert, daß die Gewerkschaften eine rege Agitation für die Parteipresse entfalten. Es muß systematisch gearbeitet werden. Wenn mit aller Gewalt und Kraft von den Vorständen vorgegangen wird, werden sich in kurzer Zeit Erfolge zeigen. ... Es geht aber vor allem ein tief-

ges, impulsives Zusammenarbeiten zwischen Partei und Gewerkschaften. Es müsse mehr Verbindung zwischen Gewerkschaftsrat und Gewerkschaften einerseits, Partei und Gewerkschaften andererseits gesucht und hergestellt werden. Bei beiderseitiger Arbeit und tätiger Unterstützung durch alle Kollegen werden diese Streikbewegungen zum Nutzen der gesamten Arbeiterbewegung Straßburgs sein.“ Weiter heißt es in dem Bericht: „An diese Ausführungen schloß sich eine lebhafte, sachliche Diskussion an, in welcher neue Anregungen gegeben wurden, besonders aber auch betont wurde, die Gewerkschaften könnten zur Agitation für das Parteiblatt auch dadurch viel beitragen, daß sie sämtlich ihre Versammlungsanzeigen usw. nur in der „Freie Presse“ bekannt geben. Die Abstimmung über das Besprochene ergab, daß die sämtlichen Anwesenden voll und ganz diese Schritte gutheißten. Es wird aber auch weiter erwartet, daß überall da, wo Arbeiter sich zusammensetzen, in Werkstätten, auf Bauplätzen, kurz überall, wo sich Gelegenheit bietet, Agitation entfaltet wird.“ Sie schimpfen sich weiter „neutrale“ Gewerkschaften.

Wie die Beamten des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes Wahlagitation betreiben. Die Ortskrankenkasse Chemnitz hat in den letzten Jahren wiederholt die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt, nicht zuletzt war es die von Amannus Schuler, einem früheren Angestellten der genannten Kasse, herausgegebene Broschüre, die in ganz Deutschland Aufsehen erregte. Die Folge dieser Broschüre waren verschiedene Strafverfahren, die u. a. zur Verurteilung des früheren Bevollmächtigten Friedemann wegen Schädigung des Vermögens der weiblichen Kassenmitglieder (200 Mark Geldstrafe oder 40 Tage Gefängnis) führte, ferner wurden laut Ratsbeschluss vom 24. Februar 1908 die Vorstandsmitglieder Hauschild und Landgraf ihres Amtes enthoben, die übrigen Vorstandsmitglieder dagegen eindringlich auf ihre Pflichten hingewiesen. Die im November v. J. stattgefundenen Vertreterwahlen wurden infolge des sozialdemokratischen Ausgebühten trassen Terrorismus für ungültig erklärt. Mit welchen unsachlichen Mitteln man den Wahlkampf geführt hat, geht aus der am 28. März d. J. vor dem Schöffengericht Chemnitz stattgefundenen Verhandlung hervor.

Wegen gemeinschaftlicher, lebensgefährdender Mißhandlung und Nötigung des nationalen Wahlleiters, Schneiders Kröner, hatten sich der wegen Verleumdung und Meineid vorbestrafte Gewerkschaftsbeamte Albin Reichelt, Bezirksleiter des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, und der Konsumvereinsbeamte Emil Hausbold zu verantworten. Nach der Anklage haben beide genannten Kröner vorzüglich gestiftet, mit Häuten auf den Kopf und ins Gesicht geschlagen, Stundenlang in der gemeinlichen Weise verhöhnt, bedrängt, absichtlich mit dem Regensturm in Fäße und Beine gestochen, geohrfeigt und schließlich den Fuß ausgehoben, wofür zwanzigmal mit Totschlag und Fr...-wühlhauen bedroht und vergewaltigt.

Der genannte Kröner hat nach seiner Aussage insofern wochenlang Schmerzen gehabt und hat am Ende laufen müssen.

Trotz Zeugens wurde Reichelt zu fünf Monaten zwei Wochen - Hauschild zu zwei Monaten - zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Angeklagte und Staatsanwaltschaft legten gegen dieses Urteil Berufung ein, die für die Angeklagten den Erfolg hatte, daß die Strafe unter Vermeidung der vorhandenen Erregung für Reichelt auf einen Monat Gefängnis und für Hausbold auf 150 Mk. Geldstrafe eventl. 15 Tage Gefängnis ermäßigt wurde.

Die Verteidigung verlangte Freispruch! Aus alledem geht wieder einmal mit großer Deutlichkeit hervor, daß die Sozialdemokratie nicht, wie behauptet, eine Partei der Freiheit, sondern des allergrößten Terrorismus ist.

Wenn selbst Beamte des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in dieser Weise den nationalen Arbeitern die Begriffe sozialdemokratischer Freiheit und Brüderlichkeit beibringen, darf man sich dann darüber wundern, daß die gewöhnlichen Mitglieder jede sachliche Kampfesart gegen Andersdenkende vermissen lassen? Wenn die Führer so roh sind, wie dann erst die Geführten!

Aus Unternehmerverbänden. Arbeitgeberverbände, die die Öffentlichkeit scheuen. Das Kaiserliche Statistische Amt in Berlin gibt ein „Statistisches Jahrbuch“ heraus, das recht beachtenswertes Material enthält. Auch die Statistiken über Gewerkschaften, Streiks, Ausperrungen usw. sind darin enthalten. Seit drei Jahren führt das Jahrbuch auch eine Rubrik „Statistik der deutschen Arbeitgeberverbände“, die indes - mangels an Material - leer bleibt. Zwar bemühte sich das Kaiserl. Statistische Amt wiederholt, von angehörender Seite das Fachmaterial zu erhalten, jedoch ohne Erfolg. Auch die neuesten Bemühungen sind wieder ohne Erfolg geblieben; die „Hauptstelle“ deutscher Arbeitgeberverbände (Geschaftsführer Bueck) hat das Ersuchen des Kaiserl. Statistischen Amtes um Ueberlassung geeigneten Berichtsstoffes über die Hauptstelle und die ihr angeschlossenen Verbände rundweg abgelehnt. Die Ablehnung wird damit begründet, daß die Berichterstattung doch nur im Interesse der Arbeitgeberorganisationen erfolgen werde. Damit aber ja keine Zahlen bekannt werden, hat die Hauptstelle die ihr angeschlossenen Unternehmerverbände gewarnt, etwa überzeilt dem Statistischen Amte Angaben zu liefern. Die „Soziale Praxis“ bemerkt dazu (Nr. 40): „Bei der ungenügenden Nachstellung der Arbeitgeberverbände und angesichts der Tatsache, daß eine vertrauliche Berichterstattung der Arbeitgeber untereinander an sich viel leichter erfolgt und in viel größerem Umfange geübt wird als in den Reihen der organisierten Arbeiter, ist es dem staatlichen Interesse nicht dienlich, daß gewisse Selbstorganisations der Arbeitgeber von der Pflicht der öffentlichen Berichterstattung ausgenommen bleiben sollen. Im übrigen scheint bei der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände die Ablehnung gegen die öffentliche Statistik auch darin begründet zu sein, daß ihre Mitglieder- und Finanzziffern hinter denen des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände, der bisher schon ständig über die wichtigsten Punkte seiner Organisationsarbeit Berichte veröffentlicht hat, nennenswert erheblich zu unterscheiden. Das Statistische Amt dürfte aber in der Lage sein, mit Hilfe der antiegaristischen Vereinsregister, denen die Arbeitgeberverbände, soweit sie eingetragene Vereine sind, laut Bürgerlichem Gezej-

buch sämtliche notwendigen Angaben fortlaufend zu öffentlichen Einsichtnahme mitteilen müssen, für ein statistische Zahl von Arbeitgeberverbänden sich leicht einen ergiebigen Berichtsstoff zu verschaffen, nachdem sich für den Privatstatistiker die Benutzung dieses Beleges als zu zeitraubend und kostspielig erwiesen hat.“ Es spricht nicht für die Sach der Arbeitgeberverbände, die der Hauptstelle angehängten sind, daß sie so leichtlich sind. Die Gewerkschaften der Arbeiter können sich ja auch dahinter verdingen, daß die Veröffentlichung ihrer Mitgliederzahlen und Finanzgebühren „doch nur den sie bekämpfenden Arbeitgeberorganisationen zugute käme.“ Es würde in der Tat zu erwägen sein, ob nicht Organisationen von solcher Bedeutung, wie die der Arbeitgeberverbände, geachtet zu verpflichten seien, Berichte über ihre organisatorischen Verhältnisse zu erstatten.

Versammlungsstameler.

- Barmen. 25. Juli, 8 Uhr, bei Dappen, Oberbörnerstr. 69
- Berlin. 28. Juli, Abbruch der Vertrauensmänner
- Borghorst. 26. Juli, Diskussionsabend bei Duesweg
- Braun-Risse. 26. Juli, 5 Uhr, im Wälderberg
- Breschlag. 26. Juli, 4 Uhr, bei Julius Torkel, groß-öffentliche Versammlung
- Cuxen. 25. Juli, 8 1/2 Uhr, bei Hof. Schöner, Neufährer Giesentrichen. 2. August, 5 Uhr, im Kath. Vereinslokal, Familienfest
- Glauchau. 1. August, 9 Uhr, im Meisterhaus
- Hinsbeck. 2. August, 5 1/2 Uhr, bei Ww. Haben
- Mesum. 26. Juli, 5 Uhr, bei B. Feldhaus, öffentl. Versammlung
- Schöten. 25. Juli, 6 Uhr, bei Frau Ww. Fischer
- Odenkirchen. 26. Juli, im „Deutschen Ed“, Generalversammlung
- Rheinbaben. 2. August, 7 1/2 Uhr, bei Wondelary
- Rott. 27. Juli, 6 Uhr, bei Eigo

Hülls. Sonntag, den 2. August, morgens 11 Uhr Generalversammlung des Gewerkschaftskongressvereins „Eintracht“ bei Joh. Pims. Tages-Ordnung: 1) Jahrsbericht, 2) Festsetzung des Eintrittsgeldes, 3) Mitteilungen. Der Aufsichtsrat: (Mk. 120) S. W.: Feinr. Hans.

Lobberich. Konsumverein „Eintracht“, e. G. m. b. H. zu Lobberich in Liquidation. Sonntag, den 2. August, morgens 11 Uhr, außerordentlich Generalversammlung bei Hiltmann. Tages-Ordnung: 1) Berichterstattung über den zuletzt gehaltenen Generalversammlung, 2) Festsetzung des Eintrittsgeldes, 3) Mitteilungen. (Mk. 180) Verh. Glasmachers, Joh. Keemen, Sal. Aufst.

Das Bezirksamt der christlichen Gewerkschaften für Aachen und Umgegend sucht für den 1. Oktober dieses Jahres einen

Kartell-Beamten.

Bewerber müssen eine mindestens zweijährige praktische Tätigkeit in der christlichen Gewerkschaftsbewegung und gründliche agitatorische und organisatorische Befähigung nachweisen können. Bewerber die noch nicht als freigestellte Beamte tätig waren müssen der Bewerbung Referenzen ihres Zentralvorstandes beifügen. Die Anstellungsbedingungen richten sich nach den Satzungen des Gesamtverbandes. Bewerbungen sind bis spätestens 15. August unter Beifügung eines Lebenslaufes an den Vorstehenden Math.-Küttgen Pontstraße 56 in Aachen, einzusenden.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder: Joh. Monzerat in Aachen. Margaretha Feldigl in Kolbermoor. Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Achtung! Mitglieder! Achtung!

Internationale Verbindungen der christlichen Textilarbeiter-Organisationen unter besondere Berücksichtigung der seit dem Jahre 1900 abgehaltenen Berufs-Konferenzen und Kongresse. Herausgegeben von der Leitung der Internationalen Vereinigung christl. Textilarbeiterorganisationen (E. M. Schiffer-Düsseldorf). Preis 40 Fg. 162 Seiten stark.

Das Werkchen ist gerade jetzt um so wertvoller als eine allgemeine internationale christl. Gewerkschafts-Konferenz (August 1908) bevorsteht. Aus dem Inhalt sei hervorgehoben: Christl. Gewerkschaften und die Frage ihrer internationalen Verbindungen; Statistisches über die christl. Gewerkschaftsbewegung in verschiedenen Ländern; Die internationalen Beziehungen der christl. Textilarbeiter, ihre Konferenzen und Kongresse in den Jahren 1900, 1901, 1902, 1903, 1905, 1907; Der Kartellvertrag der christl. Textilarbeiterverbände. Der allgemeine internationale Textilarbeiterkongress 1902 in Zürich usw. usw.

Zu beziehen durch: 1) Hauptstelle des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschland Düsseldorf 51, Korneliusstr. 66, 2) Christlicher Gewerkschaftsverband (M. Stegerwald, Köln, Palmstr. 14).

Diese Broschüre empfehlen wir dringend allen Mitgliedern zur Anschaffung. Die Vertrauensleute, Vorstandsmitglieder etc., welche sich um den Verkauf bemühen, erhalten pro Exemplar eine Provision von 5 Fg.

„Kirchlich-soziale Blätter“, 11. Jahrgang Nr. 4 April 1908.

Inhalt: Programm des 13. Kirchlich-sozialen Kongresses. — Willkommen in Diefels! — Individuelle und Sozial (Schluß). — Wie können die Frauen den andern Stände die christliche Arbeiterinnen- und Diensthöfenbewegung fördern? Leitfäden von Fräulein M. Behm. — Die Religion in der Schule. Leitfäden der I. und VI. Kommission. — Arbeitsplan der 7. Kommission der Freien Kirchlich-sozialen Konferenz. — Zur „falschen Zeichenstellung“. — Coenagen Männer und Frauen! — Mitteilungen. — Bücherchau. — Literatur. — Anzeigen.

Mitglieder, agitiert für den Verband!